

Ungarn errichtet als erstes Land eine Regierungsstelle für verfolgte Christen

von Giuseppe Nardi

Quelle: Katholisches.Info vom 15.09.2016



Das Christentum ist die am meisten verfolgte Religion der Welt: Ungarn errichtete eine eigene Regierungsstelle zum Schutz der verfolgten Christen

(Budapest) Während Luxemburgs sozialistischer Außenminister Jean Asselborn den Ausschluß Ungarns aus der Europäischen Union (EU) forderte, weil das Land der Magyaren sich der ungehinderten Masseneinwanderung widersetzt, errichtete die ungarische Regierung soeben ein Amt zum Schutz verfolgter Christen. Ungarn ist damit das erste Land der Welt, in dem eine eigene

Regierungsstelle zum Schutz der Christen eingerichtet wurde.

Die Beweggründe erläuterte Zoltan Balog, ein calvinistischer Pastor, der in der Regierung Orban Minister für Gesundheit, Soziales, Jugend, Bildung, Kultur und Sport ist.

- *„Heute ist das Christentum zur am meisten verfolgten Religion geworden. Vier von fünf Menschen, die aus religiösen Motiven getötet werden, sind Christen.“*

In 81 Staaten der Welt werden Christen verfolgt, *„insgesamt 200 Millionen Menschen“*, so der Minister. *„Sie leben in Gegenden, in denen sie wegen ihres Glaubens diskriminiert werden. Das Leben von Millionen von Christen wird durch Anhänger radikalreligiöser Ideologien bedroht.“* Der Minister bezieht sich dabei nicht nur auf die islamische Bedrohung: *„Unser Augenmerk richtet sich nicht nur auf den Nahen Osten, sondern auf alle Formen der Diskriminierung und der Verfolgung, die Christen auf der ganzen Welt erleiden.“* Balog ist Träger des *Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband* der Bundesrepublik Deutschland.

Das neue Amt stellte bereits drei Millionen Euro für verfolgte Christen zur Verfügung. Die Vergabe der Gelder erfolgte in Zusammenarbeit mit der *Ungarischen Bischofskonferenz*. Primäres Kriterium der Vergabe ist, den Verfolgten in ihren Heimatländern zu helfen. 300.000 Euro gingen an Studenten im Nahen Osten. Weitere Gelder flossen in den Bau von Schulen im nordirakischen Erbil, für die Versorgung und Ausbildung von 300 Kinder in Flüchtlingslagern. Die Regierung finanziert zusammen mit der Bischofskonferenz 750 christliche Familien und Angehörige anderer religiöser Minderheiten in Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Irak und dem Libanon.

Die Entscheidung, die neue Regierungsstelle zu errichten, wurde nach der Teilnahme von Ministerpräsident Orban und Minister Balog am diesjährigen Treffen katholischer Politiker getroffen, das Ende August in Frascati bei Rom stattfand.

Orban und Balog waren die beiden einzigen protestantischen Teilnehmer des Treffens. Der ungarische Regierungschef erklärte dort,

- *daß „Ungarn wegen die Christenverfolgung handeln“ werde. „Ungarn ist bereit die christlichen Gemeinschaft zu unterstützen, deren Existenz bedroht ist.“*

Das war der Startschuß zur Errichtung der neuen Regierungsstelle, die den verfolgten Christen eine moralische und finanzielle Unterstützung sichern soll,

- *„damit sie in ihren Heimatländern bleiben und ausharren können“, und um die „Situation in ihren Heimatländern zu verbessern“, wie Minister Balog der Catholic News Agency erklärte.*

Text: Giuseppe Nardi Bild: Tempi